

Der Weg zum deutschen Nationalstaat oder der Wandel vom liberalen zum integralen Nationalismus

Am 18. Januar 1871 kam es im Spiegelsaal von Versailles, während der Kampfhandlung um Paris, zur Gründung des Deutschen Reiches und zur Proklamation von Wilhelm I zum Deutschen Kaiser. Die Reichsgründung war ein Zusammenspiel aus der Regierung und dem Prozess der Nationalbildung "von unten". Dieser Wandel in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts, spiegelte sich ebenso in der Entwicklung des Nationalismus wieder. Jedoch muss man sich die Frage stellen, inwieweit sich der Übergang vom liberalen zum integralen Nationalismus zu Zeiten der Nationalgründung vollzog? Die Proklamation im Spiegelsaal steht im Gegensatz zur Paulskirche 1848/49. Dieser Ort symbolisiert den gescheiterten Versuch, für die Gründung eines deutschen Nationalstaates. Das Hauptziel des Liberalismus einen solchen Staat auf dem Fundament einer demokratischen, legitimierten Nationalversammlung, zu gründen, lies sich zu diesem Zeitpunkt nicht realisieren. Ein vordergründiges Hindernis dafür war, der Dualismus zwischen Preußen und Österreich, den beiden Großmächten im Deutschen Bund. Der Olmützer Vertrag verstärkte den Dualismus, da Preußen 1850 auf einen Führungsanspruch im Deutschen Bund verzichtete. Es gab bis zu diesem Zeitpunkt keine Einigung, wie der deutsche Nationalstaat aussehen soll. Die Großösterreichische Lösung war durch das gesamtstaatliche Machtinteresse der Österreicher nicht möglich. Ebenso wenig wie das Ziel des liberalen Nationalismus einen Staatenbund aus allen deutschen Gebieten (= kleindeutsche Lösung) zu gründen, welche letztendlich an der Weigerung des preußische König Friedrich Wilhelm IV., die angetragene Kaiserkrone anzunehmen, scheiterte. Trotz Scheitern gilt dieser Schritt der Liberalen als Impulsanregung für einen einheitlichen Nationalstaat. Vor allem die Idee des Verfassungsstaates, mit einer konstitutionellen Monarchie, fand Anklang. Der König behielt zwar weiterhin Macht, jedoch herrschte keine Diktatur, zur Freude der Demokraten. Die Ablehnung einer absolutistischen Monarchie und damit die exekutive Gewalt des Königs, unter Bewachung des Parlaments, beeinflussten zum Beispiel Preußen in seiner Verfassung.

Aufgrund der Märzrevolution 1848, orientierte sich die liberale Nationalbewegung in Richtung des Modells der Realpolitik von Rochau. Voraussetzung dafür, war die Anerkennung von Preußen, um das Ziel der Reichsgründung zu realisieren. Damit rückte die Forderung der Freiheit, gegenüber der autoritären Politik und der Gleichheit in den Schatten der nationalen Einheit. Nachdem die Machtposition von Österreich 1859 durch Italien geschwächt wurde, kam es im selben Jahr zur Gründung des Deutschen Nationalvereins, durch die bürgerlichen Liberalen in Kooperation mit Bismarck. Sie forderten die kleindeutsche Lösung, unter preußischer Führung, die Einberufung eines deutschen Parlaments und eine provisorische Zentralregierung.

Ziele, wie die Entwicklung im kulturellen Bereich, darunter die des nationalen Verkehrs- und Kommunikationsraum und der Gründung des Deutschen Zollvereins, welcher einen großen Binnenmarkt erschuf und Reformgesetze, wie die Durchsetzung der Freizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit, erfüllten sich schrittweise bereits vor der Reichsgründung.

Diese Faktoren bildeten die Basis, um einen deutschen Staat zu gründen. 1862 wurde Bismarck zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt und er nutze das Bündnis mit den Liberalen, um die preußische Vorherrschaft durchzusetzen. Bismarck schlug von Anfang an, einen anderen Weg als die

Liberalen von 1848 ein, um das Ziel eines Nationalstaates zu erreichen. Durch die Ablehnung des Prinzips der Volkssouveränität, lehnte er sich zum Teil gegen die Ideale des liberalen Nationalismus. Er vertrat die Bevorzugung und Beibehaltung der Machtstellung, der traditionellen Gewalten. Darunter zählten zum einen die Fürsten und zum anderen die Adligen. Jedoch dienten zunächst die beiden erfolgreichen Kriege der Reichsgründung. Zum einen gegen Dänemark 1864, über die Frage der Einbindung von Schleswig-Holstein in den Deutschen Bund und dann 1866 gegen Österreich/Ungarn. Durch den militärischen Sieg von Preußen über Österreich kam es letztendlich zum Zusammenbruch des Deutschen Bund. Es wurde, sich im Sinne des Liberalismus, für die kleindeutschen Lösung entschieden.

Durch die Herrschaft von Bismarck, vollzog sich mit der Reichsgründung ein unvollständiger Wandel, vom liberalen zum integralen Nationalismus. Der integrale Nationalismus kennzeichnet sich zum einen, durch das Konservative streben und zum anderen, durch die Herrscherideologie Bismarcks. Durch die Ablehnung der Volkssouveränität und die gegensätzliche Stellung zur Einheit, war das gegründete Reich von 1871 keine Demokratie, jedoch auch keine Diktatur, was für einen Fortschritt der Liberalen spricht. Das Grundprinzip der Herrschaft, übertrug sich, auf die unter Anleitung Bismarcks erstellte Verfassung. Sie wurde nach dem Vorbild des Norddeutschen Bundes erstellt und ist zusammengesetzt aus zentralistischen und föderalistischen Komponenten. Bismarck versuchte liberal-bürgerliche und dynastische Ideale und Forderungen zu vereinen. Die Verfassung umfasste vier zentrale politische Organe. Der Bundesrat und der Reichstag standen sich gegenüber, obwohl der Reichstag, in Bezug auf seine Kompetenzen stark eingegrenzt wurde, um für Souveränität zu sorgen oder Einfluss auf die Regierung und dem Reichskanzler zu üben. Der Kaiser vertrat das Reich nach außen und ernannte/ entließ den Reichskanzler, weshalb dieser von dem Monarchen und nicht von der Mehrheit im Parlament abhängig war. Bei der Erstellung der Verfassung, sicherte sich Bismarck, durch eine Doppelrolle als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsidenten eine hohe Machtstellung. Er galt als Vorsitz im Bundesrat und alle Regierungsakten des Kaisers mussten durch seine Unterschrift akzeptiert werden. Damit erhielt er großen Einfluss im Bezug auf die Regierung. Neben dem Reichstag, welcher durch ein direktes Wahlrecht gewählt wurde, wurde der Bundesrat nach einem Dreiklassen- Wahlrecht ernannt. Dabei gab sich klar die konservativ-agrarische Vormacht, politisch zu erkennen. Durch die Art des Wahlrechts, wurde die politische Partizipation in den Hintergrund gestellt. Die Wählerschaft wurde mit der Einteilung in drei Wählerklassen und die Ungleichheit der Stimmen, sowie einer offenen Stimmabgabe, zunehmend geringer. Die Dominanz der konservativen Kräfte in Preußen, wurde durch königliche Beziehungen sichergestellt.

Weitere Punkte, welche für einen Übergang zum integralen Nationalismus sprechen sind, Abgrenzungen und Ausgrenzungen gegenüber anderen. Der in der 48-Revolution vorgesehene Grundrechtskatalog, war 1871 nicht mehr enthalten. Die Forderungen der Liberalen nach Menschenrechten, verbunden mit Einheit und Freiheit, wurden somit noch nicht erfüllt. Es gab keine individuellen Schutz- und Freiheitsrechte. Dennoch war das Kaiserreich im Kern ein Rechtsstaat und versuchte eine Rechtsordnung zu entwickeln, was dem Bürger Rechtssicherheit bieten würde.

Ein anderer Grund der Ausgrenzung ist, dass die Aufgabe des Reichstags, noch weitere Teile der Gesellschaft zu integrieren verhindert wird. Dies lag im Interesse der Oberschicht, da diese eine größere Einheit ihre Machtposition schwächen würde. Die Oberschicht besaß durch einen hohen Grundbesitz eine soziale Macht, die sich zum einen in der Gutsherrschaft ausprägte. Der adelige Gutsherr besaß somit nicht nur weiträumiges Grundeigentum, worauf er vorwiegend Getreide anbaute und handwerklich Produktion ausübte, sondern er besaß zusätzlich eine übertragene Polizei-

und Strafgewalt. Auch die politische Gleichstellung, hinsichtlich des allgemeinen und gleichen Reichstagswahlrechts beeinträchtigte diese nur geringfügig. Neben dem Adel wurde die Gruppe des Soldatischen, welche mit den Siegen der preußischen Armee verknüpft waren, bevorzugt. Denn darin sahen Adlige und Monarchen, eine Aufrechterhaltung ihrer Privilegien und die Abgrenzung demokratischer Ansprüche. Die politische Macht behielten vorwiegend, die konservativen-adeligen Mächte, welche die Oberschicht der Gesellschaft, um den Kaiser und Hof, das Militär und reiche Gutsbesitzer umfasste.

Das Einzige, worin die Nationalliberalen einen großen Fortschritt sahen, war in Bezug auf die Wirtschaft. Es kam zur Förderung der Wirtschafts- und Handelsinteressen, durch die Umstrukturierung, des Agrarlandes in ein Industrieland. So erhielt das Bürgertum zumindest im Punkt der Ökonomie, einen bedeutenden Machteinfluss.

Der Nationalismus im 19. Jahrhundert ist durch zwei Phasen gekennzeichnet. In der Zeit zwischen 1813 und der Reichsgründung um 1871, stand der Nationalismus im Bezug zur Identifikation mit der nationalen Einheit und den bürgerlichen Freiheitsbewegungen. Vor allem in der Revolution von 1848, kam eine Gegenströmung zur Adelherrschaft auf und der Wunsch nach Einheit und Gleichheit fand erstreben. Die revolutionäre Bewegung strebte eine bürgerliche-freiheitliche Nationalbewegung auf französischer Grundlage an. Erst mit der Reichsgründung, der Erfüllung des Ziels und der Macht von Bismarck, änderte sich der nationalistische Charakter. Mit der Zeit, wurde er immer mehr zur konservativen, antidemokratischen Macht, was sich in den Grundzügen der Politik vereint. Auf der anderen Seite ist der Mangel an bürgerlicher Liberalität, durch den Kurswechsel der Liberalen auf die Seite von Bismarck gekommen. Dennoch verzichteten sie dabei nicht auf bestimmte Forderungen für die Gesellschaft und konzentrierten sich auf das Ziel der nationalen Einigung. Liberale schufen moderne städtische Infrastrukturen seitens der Wirtschaft und verbesserten die Lebensverhältnisse vieler Bürger. Deshalb kann man von einem unvollständigen Übergang vom liberalen zum integralen Nationalismus sprechen. Erst später zwischen 1888-1918 verstärkten sich die aggressiven außenpolitischen Züge. Zum Beispiel durch das Aufkommen des Judenhasses, sodass diese Ideologie ein weiterer Schritt in Richtung des 1. Weltkrieg war.